

Arbeiterstimme

Zageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostpreußen

1. Jahrgang Freitag, 29. Mai 1925 Nummer 39

Der 4. August der französischen Sozialdemokraten

Unterstützung imperialistischer Kriegspolitik in Marokko durch franz. Sozialisten Nur die Kommunisten kämpfen für die Freiheit des marokkanischen Volkes

Paris, 29. Mai. Vorgertern begann in der Kammer die Debatte über die vorliegenden Interpellationen über die Marokkopolitik der Regierung Painlevé.

Als erster Interpellationsredner sprach der Sozialdemokrat Renaudel, der sich rechtliche Mühe gab, eine Dymonition gegen die Marokkopolitik der Regierung vorzubringen, ohne dabei der Regierung wehe zu tun. Er behauptete sich darauf, der Regierung allerlei Fragen zu stellen, ohne auch nur mit einem Wort der Regierung den Kampf anzusagen. Die Sozialdemokratie wünschte die halb-mögliche Beendigung des Marokkokrieges und die Herstellung des Friedens.

Sie wurde jedoch Streit weder mit der jetzigen noch mit der vorausgegangenen Regierung.

Sie habe nur das Allgemeininteresse des Landes (!) im Auge. Schon vor Monaten habe seine Partei unter der Regierung Herriot die Bekämpfung ausgesprochen, daß die 60 000 Mann, die in Marokko konzentriert seien, nicht genügen, wenn es zu einem Krieg mit den Rifkämpfern käme. Die französische Sozialdemokratie ist also durchaus für die Niederlegung des um seine Freiheit ringenden Rifkämpfers, nur hat sie Zweifel darüber, daß 60 000 Mann dafür genügen würden. Die sozialistische Partei wüßte nicht, daß das Land in einen Krieg verwickelt werden könne. Ein kurzer und erfolgreicher Krieg ist also der Sozialdemokratie durchaus angenehm. Die Sozialdemokratie

verlangt keineswegs die Aufgabe Marokkos (!), aber sie ist Gegner eines „Präventivkrieges“. Frankreich und Spanien seien nicht die einzigen Länder, die sich für Nordafrika interessieren. Es wäre deshalb gut, an eine Intervention des Völkerbundes zu denken. Die Sozialdemokratie propagiert also eine gemeinsame Aktion der imperialistischen Mächte gegen die Kolonialvölker.

So also sieht der „Kampf“ der französischen Sozialdemokraten gegen den Marokkokrieg aus. Er bedeutet grundsätzlich die volle Billigung der imperialistischen Kriegspolitik gegenüber den Rifkämpfern.

Renaudel begnügte sich jedoch nicht damit, sondern machte gleichzeitige

antibolschewistische Sache.

Wenn im Marokkokrieg könne man bolschewistische Umtriebe (!) erkennen.“ Was Wunder, daß die französischen Imperialisten gegen die Rifkämpfer zu Felde ziehen, die sich der Sozialdemokratie „auf Befehl Moskaus“ handeln. Nach Renaudel sprach der

Geneuer Sturz des Franken

Berlin, 27. Mai. (U.) Die schwache Tendenz des französischen Francenturms auf den internationalen Devisenmärkten hat sich heute vorwiegend geltend gemacht. Die Ursache hierfür dürfte in dem Verlauf der Kämpfe in Marokko und der Tatsache zu suchen sein, daß der französische Finanzminister eine Befestigung des Francs bisher nicht hat erreichen können. Neben spielen die innen- und außenpolitischen Verhältnisse Frankreichs für die Bewährung des Francenturms eine Rolle.

Neue Terrorurteile der deutschen Klassenjustiz

Hamburg, 27. Mai. Im Schiffbau-Kommunistenstreik wurde heute mittags das Urteil gegen die in der letzten Instanz angeklagten 10 Personen vor der Strafkammer des Landgerichts Mitteln verkündet. Es wurden Haftstrafen von 1 Jahren 9 Monaten herab bis zu einem Jahr einen Monat und Geldstrafen von 150 Mark bis 50 Mark verhängt. Alle der Angeklagten wurden freigesprochen. Wegen die letzte Instanz wird am 3. Juni verhandelt werden.

11. Weipzig, 27. Mai. Vor dem 1. Strafsenat des Staatsgerichtshofes zum Schutz der Republik unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Lorenz hat sich gestern der Handlungsgehilfe Bruno Seidel aus Oera-berg in Thüringen zu verantworten wegen Beihilfe zum Hochverrat und wegen Verwehrens gegen das Republikenschutzgesetz. Der Angeklagte wurde beschuldigt, im Oktober 1923 kommunistische Hundertkämpfer zu gebildet und deren Führung übernommen zu haben. Ferner wurde ihm die Beihilfung an der Bildung von Partisanengruppen in Oera-berg und anderen Orten zur Last gelegt.

Kommunist Doriot, der eine heftige Rede gegen die Regierung hielt. Er wies nach, daß Hoff es kein bei Spanien und England Schritte unternommen habe, um den Rifkrieg zu beenden. Er bezeichnete die französischen Imperialisten als Unterdrücker von 20 Millionen Marokkanern und weist darauf hin, daß die Marokkankämpfer durch Hunger gezwungen seien, sich anzuschließen. Nur die französischen Kapitalisten, welche aus Marokko imperialistische Profite ziehen wollen, haben diesen Krieg verschuldet.

Dem Beispiel der Rifkämpfer folgend, werden alle Kolonialvölker sich gegen Frankreich erheben. Wenn die französischen Soldaten in Marokko erfahren würden, daß die Regierung sich weigere, in Friedensverhandlungen einzutreten, würden sie sich ebenso wie die Soldaten im Rifkämpfer mit den Unterdrückten im gegenwärtigen Lager verbünden.

Die heftige Rede von Doriot löste einen ungeheuren Tumult in der Kammer aus. Der „Demokrat“ und „Republik“ Petrot erklärte, daß die Rede Doriot's eine direkte Aufforderung zum Aufbruch der französischen Truppen darstelle und beantragt gegen ihn die Zensur.

Das heißt Entziehung der Hälfte der Diäten für 14 Tage. Sämtliche Parteien, auch ein Teil der Sozialdemokraten, stimmte dem Antrag Herriots gegen Petrot zu. Darauf erhoben sich die Kommunisten und riefen die Internationale. Herriot verließ darauf den Saal. Die Sitzung wird vertagt.

Paris, 29. Mai. (Telunion.) Die Kammer hat in der Nacht zum Freitag um 11.30 Uhr mit 202 gegen 89 Stimmen die Resolution zur Marokkopolitik auf heute vertagt. 12 Sozialisten stimmten mit den Kommunisten, andere haben sich der Stimme enthalten. Die Vertagung war an und für sich grundlos, weil keine Redner, die auf der Höhe standen, zum Teil gesprochen und andere nicht zugehört hätten. Sie wurde aber durch die Haltung der Sozialisten hervorgerufen, die an gewissen Stellen der Rede des Ministerpräsidenten Kritik nahmen und sich auch durch den ostentativen Beifall der Opposition nicht wehren ließen. Was gestern über die Tagesordnung, die der Regierung aus Vertrauen für die militärische Operation in Marokko ausbrachte, abgelehnt worden, so hätten sich die Sozialisten zum größten Teil der Stimme enthalten. Bei Wiederannahme der Sitzung sprach der kommunistische Abgeordnete Lafont, der scharfe Angriffe gegen den Marokkokrieg richtete. Er verlas Stellen aus einem Interview, in dem Marokk-Korrespondent 1924 einem „Times“-Korrespondenten gegenüber erklärte, daß er einen Angriff auf die Rifkämpfer für notwendig halte. Weiter den Kommunisten Renaudel, an wurde wegen behändiger Zensur verurteilt.

Seidel wurde da die Anklage wegen Bildung von Hundertkämpfern und Partisanengruppen nicht aufrechterhalten werden können, wegen Verwehrens gegen das Republikenschutzgesetz zu sechs Monaten Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

11. Weipzig, 27. Mai. Heute begann vor dem norddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutz der Republik unter dem Vorsitz des Senatpräsidenten Richter ein Hochverratsprozess gegen den Händler Otto Gädde aus Berlin. Der Angeklagte hat sich wegen Verwehrens gegen die Paragraphen 7, 8 und 13 des Republikenschutzgesetzes, wegen Sprengstoffverwehrens und wegen Verheimlichung zweier Waffenlager zu verantworten. Im September 1923 wurden in Berlin auf den Grundstücken Wiener Straße 19 und Welterstraße 2 große Waffenlager aufgefunden, von denen der Angeklagte Kenntnis hatte. Die Verhandlung, welche unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, endete mit der Verurteilung Gädde's zu 1 Jahr 7 Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe. Zwei Monate der Freiheitsstrafe und die Geldstrafe sind durch die Untersuchungshaft verbüßt.

Die Einheitsfront der Schwerindustriellen Ausbeuter

Berlin, 27. Mai. (Telunion.) Die Vertreter der deutschen Schwerindustrie, die vorgezogen mit den französischen Unterhändlern in Düsseldorf einzutreffen, wo die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen fortgeführt werden. Die deutschen Herren sind am selben Tage zu einem Essen in Cercle Interalle gekommen.

Der Kampf um die Aufwertung

Das Aufwertungskompromiß soll nach dem Plan der Bürgerblockparteien die durch den Kampf um ihre Spargrößen erregten Massen zur Ruhe bringen. Es hat ihre Reaktion nur verschärft. Während im Aufwertungskompromiß die Bürgerblockparteien, verbunden mit Zentrumsparteien und Völkerelementen, jeden Versuch einer Verbesserung des den Ruin von Millionen vollziehenden Kompromisses nicht demokratisch mit ihrer eigenen Mehrheit niederstimmen, beginnen die kleinen Sparrer und Rentner, die Kriegsanleihegläubiger des Reiches, die Hypothekengläubiger, die Gläubiger der reichen Industriegesellschaften zu erwachen. In der Presse wurde eine Adresse des Bundes der bisher deutschnational eingestellten Hypothekengläubiger und Sparrerverbände an den wegen seines mutvollen Auftretens in der Aufwertungsfrage aus der Deutschnationalen Partei herausgeworfenen Dr. West mitgeteilt, in der diese den schamlosen Wortbruch der deutschnationalen Junker und Schwerkapitalisten ernst brandmarken.

Den bedrögen „Inflationsskandalen“, wie die DZJ halb mitleidig, halb höhnisch die Opfer des Geldwertungsabzuges der Stinnes-Clique genannt hat, beginnen die Augen überzugehen. Gerade die Mittelschichten, die kleinen Kapitalisten, die Handwerker, Geschäftsleute, die Beamten und Angestellten, die mühselig jahrelanglang ein paar Spargroschen für das Alter zurückgelegt haben, und die als Eigentumsfanatiker Feinde des „leidenden“ Sozialismus gewesen sind, beginnen zu begreifen, daß die in der Weimarer Verfassung noch ausdrücklich verbriefte Heiligkeit des Eigentums keine allgemeine gültige für das ganze Volk, sondern eine besondere, nur für die in der Regierung stehenden Großkapitalisten und Junker geltende Heiligkeit ist. Für diese, die die Millionen der betrogenen Sparrer mit ihren Stimmgabeln ein recht teilt in den Sattel der Regierungsmacht gelehrt haben, ist das Eigentum heilig, wenn es um die Sicherung des Inflationsraubes und um die Abwehr der Bekämpfung und Inflationssteuerung geht. Es ist für sie unheilig, wenn es um die Enteignung des Eigentums der anderen, der großen Masse der kleinen Eigner durch die Geldentwertung und durch die Klassenknechtung und Rölle geht. Die Junker und Schwerkapitalisten, die regierenden Parteien der konsolidierten Kontinentalrevolution in Deutschland, die mit allen Mitteln ihrer Staatsmacht ihr Eigentum schützen, haben sich keinen Augenblick belonnen, mit allen Mitteln derselben Staatsmacht und ihrer privaten Wirtschaftsmacht durch die Geldentwertung die tiefste soziale Umwälzung, die Deutschland erlebt hat, für ihre Taschen zu vollziehen.

22 Millionen deutscher „Vollgenossen“, Angehörige der Mittelschichten, Berufstätige in Stadt und Land, hat die Clique der Schwerkapitalisten und Junker im Ruhrkrieg durch ihre Luno-Regierung mit dem Geldentwertungsbetrieb bis aufs letzte ausgeplündert. Sie haben, indem sie die Mark bis auf ein Billionstel ihres Geldwertes herabgewirtschaftet haben, Milliarden Mark aus den Taschen des werktätigen Volkes in ihre Kassen schränke geleitet. Sie haben durch die Geldentwertung sich ihrer Schulden auf ihre Fabriken und ihre Güter entledigt. Sie haben mit Hilfe der Klotenpresse ihre Bekleidung ausgehaut, den Arbeitern den Lohn gestohlen, Millionen dem Hunger überantwortet.

Unter diesen 22 Millionen sind viele gewesen, die auf Hindenburg, auf die Wiederherstellung des „guten alten deutschen Rechts“ durch ihn gehofft, die von ihm die Wiederanerkennung, wenn nicht des zerstörten Lebens vollstehenden, so doch ihrer vernünftigen Forderungen erwartet haben. Sie haben Hindenburg gewählt. Und sie bekommen jetzt als Belohnung das Aufwertungskompromiß: statt der Wiederherstellung ihres Rechts, die Erhebung des gegen sie begangenen Unrechts zum verfallungsmächtigen Recht.

Die schmerzbar so nebenläufige Frage der Aufwertung, bei der es sich für den einzelnen vielleicht nur um ein paar hundert Mark verlorene Kriegsanleihe oder um ein zum Fahren Papier gewordenes bescheidenes Sparschuldenschein handelt, ist für Millionen von betrogenen Sparrern und Gläubigern zum wirkungsvollsten Anschauungsunterricht von der Klassenbestimmtheit der angeblich über den Klassen schwebenden demokratischen Republik, von der Klassenmächtigkeit des angeblich ewigen, klassenlosen bürgerlichen Eigentums geworden. Der Kampf gegen den Aufwertungskompromiß der großkapitalistischen Parteien zerschlägt in Millionen, die noch an deutsche Redlichkeit bei den „Vollgenossen“ Stinnes und Westrup geglaubt haben, die Illusion von der Befähigung des Eigentums unter bürgerlicher Herrschaft, von der Gleichheit aller vor Gesetz und Recht im kapitalistischen Staat.

So reißt die Aufwertung durch alle bürgerlichen, schwindet sozial aufwertenden Parteien die Klassen gegenseitig auf. Bei den Deutschnationalen wird der Wortführer der Kleinbürger zu den Wälklingen gedrängt und schließt mit den Sozialdemokraten ein demagogisches Bündnis, um die geschädigten Aufwertungs-gläubiger weiter einzuschleichen. Beim Zentrum werden sich die Arbeitervertreter von den Agenten der Großkapitalisten, der Großbauern und Junker. Bei den Demos-

Keine Luftballons!

se

ate

en